

An die Medien:

Sozialpartnerschaft im Transportgewerbe: Durchsichtiges Störmanöver der UNIA vor den Wahlen

Der Schweiz. Nutzfahrzeugverband ASTAG und Les Routiers Suisses als einzig zuständige Sozialpartner im Strassentransport verurteilen den neuerlichen Einmischungsversuch der UNIA aufs Schärfste. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation hat sich die bestehende Sozialpartnerschaft im Transportgewerbe bestens bewährt. Das durchsichtige Störmanöver mit der Forderung nach einem Gesamtarbeitsvertrag ist deshalb völlig überflüssig und kann als billige Stimmungsmache vor den Wahlen abgetan werden.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG für die Transportunternehmen und Les Routiers Suisses (LRS) für die Berufsfahrerinnen und -fahrer sind alleine und ausschliesslich für die Sozialpartnerschaft im Schweizer Transportgewerbe zuständig. Andere Organisationen und vor allem branchenfremde Gewerkschaften haben keinerlei Berechtigung für einen Beitritt zur bestehenden Sozialvereinbarung im Strassentransportgewerbe (sog. Landesvereinbarung) und sind auch nicht legitimiert, sich als Vertreter der Chauffeure aufzuspielen. Der Grund liegt in der mangelnden bzw. gar nicht vorhandenen «Repräsentativität» (Vertretung) in der Branche. So haben es das Obergericht Bern und das Regionalgericht Bern-Mittelland bereits zweimal und abschliessend am 10. Dezember 2014 in einem rechtskräftigen Urteil entschieden.

Gleichwohl hat sich die UNIA zusammen mit Syndicom heute einmal mehr mit einem unsäglichen Störmanöver in die Belange des Transportgewerbes einzumischen versucht. Damit wiederholt sich, was in den letzten Jahren längst zu einer eigentlichen Sabotierungsmanie der branchenfremden Gewerkschaftsfunktionäre zulasten von Unternehmern und Chauffeuren verkommen ist. Die aktuelle Forderung nach einem Gesamtarbeitsvertrag beweist jedoch nur und erneut, dass die Gewerkschafter null Ahnung von den gängigen und gelebten Verhältnissen im Strassentransport haben. «Deshalb verurteilen wir die heutige Aktion aufs Schärfste», sind sich ASTAG-Zentralpräsident Adrian Amstutz und LRS-Zentralpräsident Markus Odermatt einig.

Korrekte, behördlich kontrollierte Arbeitsbedingungen

Denn trotz zunehmend schwieriger wirtschaftlicher Situation mit Konjunkturschwäche und Frankenstärke, die auch vor der mit rekordhohen Fiskalabgaben belasteten Strassentransportbranche nicht halt machte, hat sich die noch relativ junge Sozialpartnerschaft zwischen ASTAG und LRS bestens bewährt. Faire Arbeitsbedingungen sind nicht nur selbstverständlich, sondern aufgrund der sehr strengen gesetzlichen Vorgaben, die zudem rigoros kontrolliert werden, sogar zwingend. Daher nehmen die Verkehrssicherheit sowie die Sicherheit am

Arbeitsplatz gemäss allen verfügbaren Zahlen der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) seit Jahren laufend zu. Dazu kommt, dass die flächendeckend gültige Landesvereinbarung zwischen ASTAG und LRS per Mitte 2014 mit der Einführung des 13. Monatslohns ergänzt wurde. «Damit konnte ein echter Meilenstein erreicht werden», betont Markus Odermatt.

Kein Platz für branchenfremde Organisationen

Die herumgebotenen irreführenden und pauschalen Aussagen der branchenfremden Gewerkschafter sind daher reine Stimmungsmache. Insgesamt handelt es sich um eine völlig überflüssige Aktion ohne jede Grundlage, zu erklären einzig mit purer Effekthascherei und billiger Stimmungsmache. «Mit echten Problemen hat diese Spiegelfechterei auf Kosten des Arbeitsfriedens gar nichts zu tun», sagt Adrian Amstutz: «Hier geht es um reine Propaganda vor den Wahlen!»

Umso mehr setzen die ASTAG und LRS weiter auf die bewährte Sozialpartnerschaft mit der gemeinsamen Landesvereinbarung – aber auf jeden Fall sicher ohne UNIA. Damit ist der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerseite am besten gedient. Nach wie vor gilt: Im Transportgewerbe haben branchenfremde Organisationen nichts verloren.

Weitere Informationen:

ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband

André Kirchhofer

031 370 85 85

Les Routiers Suisses

David Piras

021 706 20 00

Bern / Echandens, 8. Oktober 2015